

**Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport: Strukturelle Verankerung,
Maßnahmen und Perspektiven**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18713

6 Anlagen

Beschluss des Bildungsausschusses des Stadtrates vom 11.02.2026 (VB)
Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zum beiliegenden Beschluss

Anlass:	Darstellung des Themenfelds Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport
Inhalt:	Darstellung des Themenfelds Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport. Aufzeigen der 9 verschiedenen Handlungsfelder sowie der zugeordneten Maßnahmen. Rückblick Aktionswoche 75 Jahre Grundgesetz im Mai 2024
Gesamtkosten/Gesamterlöse:	-/-
Entscheidungsvorschlag:	Der Stadtrat beschließt das vorliegende Konzept zur Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport: Strukturelle Verankerung, Maßnahmen und Perspektiven
Klimaschutzprüfung	Eine Klimaschutzrelevanz ist gegeben: Nein
Gesucht werden kann im RIS auch unter:	Demokratiebildung
Ortsangabe:	-/-

**Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport: Strukturelle Verankerung,
Maßnahmen und Perspektiven**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18713

6 Anlagen

**Vorblatt zum
Beschluss des Bildungsausschusses des Stadtrates vom 11.02.2026 (VB)
Öffentliche Sitzung**

Inhaltsverzeichnis

I. Vortrag des Referenten.....	1
1. Ausgangslage.....	1
2. Rahmenbedingungen	4
3. „München feiert 75 Jahre Grundgesetz“ eine Bilanz der Aktionswoche im Jahr 2024	6
4. Konzept Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport	9
4.1 Strukturelle Verankerung von Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport	9
4.2 Handlungsfelder der Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport.....	10
5. Ausblick.....	15
6. Abstimmung	13
II. Antrag des Referenten.....	14
III. Beschluss	14

**Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport: Strukturelle Verankerung,
Maßnahmen und Perspektiven**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18713

6 Anlagen

Beschluss des Bildungsausschusses des Stadtrates vom 11.02.2026 (VB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Ausgangslage

Der demokratische Rechtsstaat sieht sich vielfältigen Herausforderungen gegenüber, die eine qualitativ hochwertige und nachhaltige Demokratiebildungsarbeit unerlässlich machen. Die zunehmende politische Polarisierung, verstärkt durch soziale Medien und deren Echokammern, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und veranschaulicht die zentrale Bedeutung eines starken demokratischen Bewusstseins sowie der Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit politischen Themen. In diesem Zusammenhang ist auch der Anstieg demokratie- und menschenfeindlicher Ansichten zu sehen, die das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben und den gesellschaftlichen Dialog erschweren. Aber auch die Folgen der COVID-19-Pandemie wirken bis heute nach und haben dazu beigetragen, dass sich bestimmte gesellschaftliche Gruppen nicht (mehr) gehört und dadurch abgehängt fühlen.

Umso wichtiger ist es, dass Demokratiebildung ein dauerhaftes Handlungsfeld für alle Bildungsakteur*innen ist, damit junge Menschen befähigt werden, ihren Platz in einer offenen und pluralen Gesellschaft einzunehmen.

Denn Fakt ist: Ungleiche Zugänge zu politischer Bildung und Demokratiebildung führen unweigerlich zu ungleichen Teilhabechancen. Dies ist insbesondere unter dem Aspekt der Teilhabegerechtigkeit problematisch. Jugendliche, die weniger Stunden politischen Unterricht erhalten, haben weniger Gelegenheit, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen und die notwendigen Kompetenzen zu entwickeln, die für eine aktive und informierte Teilnahme am politischen Leben erforderlich sind. Diese Ungleichheiten spiegeln sich in den Einstellungen der Jugendlichen zu Politik und Demokratie wider und können langfristig zu einer geringeren politischen Beteiligung und einem geringen demokratischen Bewusstsein führen.

Ergänzende und zusätzliche Maßnahmen zur Demokratiebildung spielen daher eine Schlüsselrolle dabei, jungen Menschen Zugang zum Erlernen politischer Prozesse und zur Auseinandersetzung mit Institutionen zu ermöglichen und ein Umfeld zu schaffen, in dem Demokratiebildung und Partizipation in einer geschützten Umgebung eingeübt werden kann. Dies ist besonders wichtig, um die Teilhabegerechtigkeit zu fördern und sicherzustellen, dass alle Kinder, Jugendlichen und junge Erwachsenen die gleichen Chancen haben, politisches Wissen und demokratische Kompetenzen zu erwerben. Zusätzlich zur Kenntnis von demokratischen Institutionen ist für junge Menschen wichtig, Kenntnis über Menschenrechte, Formen von gesellschaftlicher Diversität und damit einhergehend Diskriminierungsrisiken zu haben. Schüler*innen sollten, unabhängig von eigenen Erfahrungen, die Möglichkeit haben, sich mit gesellschaftlich zugeschriebenen Positionen und deren strukturellen Auswirkungen auseinanderzusetzen. Zudem sollten Schüler*innen dabei unterstützt werden, für eigene Rechte und Rechte anderer Gruppen einzutreten sowie die Fertigkeit zu entwickeln, an Prozessen von demokratischer Meinungsbildung teilzuhaben (Empowerment).

Der aktuelle politische Diskurs wird zunehmend von einer aggressiven Rhetorik geprägt, die durch die sozialen Medien verstärkt wird. Digitale Plattformen bieten nicht nur Raum für den Austausch von Meinungen, sondern werden gezielt genutzt, um Diskursverschiebungen herbeizuführen und gesellschaftliche Debatten zu manipulieren. Algorithmen, die das Nutzerverhalten analysieren und Inhalte entsprechend anpassen, spielen eine zentrale Rolle in diesem Prozess. Sie fördern gezielt bestimmte Narrative, indem sie Inhalte, die mit den Interessen und Vorlieben der Nutzer*innen übereinstimmen, bevorzugt anzeigen. Dies führt dazu, dass Nutzer*innen innerhalb sozialer und algorithmischer Mechanismen agieren, die zu „Echokammer-Effekten“ führen können, die ihre bestehenden Überzeugungen bestätigen. In diesem Kontext werden soziale Medien häufig genutzt, um den öffentlichen Diskurs in eine gewünschte Richtung zu lenken und gezielte Manipulationsstrategien zu verfolgen.

Besonders besorgniserregend sind die gezielten Kampagnen von rechten Gruppierungen in den sozialen Medien, die insbesondere Frauen* angreifen. Ein prominentes Beispiel ist die Kampagne gegen die Juristin Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf im Vorfeld der Richter*innenwahlen zum Bundesverfassungsgericht. Solche Angriffe sind keine Einzelfälle, sondern Teil einer systematischen Strategie, die sich gegen unzählige Politiker*innen und Frauen* in öffentlichen Ämtern richtet.

Diese Kampagnen zielen darauf ab, Frauen* einzuschüchtern und aus dem politischen Diskurs zu drängen. Die Angriffe sind gut organisiert und schwer nachzuvollziehen, da die Quellen und Hintermänner dieser orchestrierten Aktionen häufig im Verborgenen agieren. Dies stellt eine ernsthafte Bedrohung für die demokratische Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar.

Bereits Mädchen* und junge Frauen* sind Anfeindungen ausgesetzt und benötigen daher besondere Unterstützung und Schutz. Social-Media-Trends wie der der „Tradwives“ sind schwer zu durchschauen und als „rechts“ oder antifeministisch zu identifizieren.

Demokratiebildung muss hier gezielt ansetzen, um betroffenen Gruppen zu helfen, solche Angriffe zu verstehen und sich dagegen wehren zu können. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass Bildungsprogramme und -initiativen speziell auf die Bedürfnisse von Mädchen* und jungen Frauen* zugeschnitten sind. Dadurch können sie

ihrer Resilienz stärken und es werden ihnen die notwendigen Werkzeuge an die Hand gegeben, um sich im politischen und gesellschaftlichen Leben behaupten zu können.

Die Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen greift dieses Thema in ihrer 197. Empfehlung „Geschlechtergerecht und mädchen spezifisch gestaltete politische Bildungsstrukturen“ auf. Sie empfiehlt, Strukturen und Angebote zur politischen Bildung zu entwickeln und zu stabilisieren, die es ermöglichen, die geschlechtsspezifische Belastung von Mädchen* und jungen Frauen* durch undemokratische rechte Propaganda zu erfassen, zu beobachten und entsprechende Maßnahmen zu mädchen*bezogener Demokratiebildung durch entsprechende Fachkapazitäten zu ergreifen.¹

Die Vermittlung von Medienkompetenz und kritischem Denken spielt dabei eine zentrale Rolle, um die Mechanismen und Strategien dieser Kampagnen zu durchschauen und sich effektiv dagegen zu wehren. Es gilt, ein Bewusstsein für die Gefahren von Fake News und Hate Speech zu schaffen und die jungen Menschen zu befähigen, diese Herausforderungen aktiv anzugehen.

Demokratiebildung als Bildungsschwerpunkt im Referat für Bildung und Sport

Das Referat für Bildung und Sport hat sich als Leitziel die Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit gegeben. Allen Kindern und Jugendlichen sollen, unabhängig von sozialer Herkunft, ökonomischer Ausgangslage, Geschlecht, sexueller Identität, Sprache oder gesundheitlicher und kognitiver Voraussetzungen, die gleichen Chancen und Teilhabemöglichkeiten eröffnet werden. Demokratiebildung ist dabei einer der Bildungsschwerpunkte des Referats für Bildung und Sport (RBS).

Das vorliegende Konzept Demokratiebildung zeigt die strukturelle Verankerung und Maßnahmen im Referat für Bildung und Sport sowie externe Kooperationen auf und beschreibt mögliche Perspektiven für die Zukunft. Die Bedarfe werden sukzessive in enger Abstimmung zwischen den Geschäftsbereichen und Stabstellen des Referats für Bildung und Sport erörtert und daraus ggf. weiterführende Maßnahmen hergeleitet.

Begriffsbestimmung

Die Kultusministerkonferenz² definiert die Befähigung junger Menschen, sich in der Gesellschaft orientieren und politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen und Probleme kompetent beurteilen zu können, als oberstes Ziel schulischer Bildung.

Demokratiebildung schafft die Voraussetzungen dafür, dass Grundrechte von allen Menschen wahrgenommen, bewusst geschützt und genutzt werden können. Menschen sollen dazu befähigt werden, an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben und diese kritisch begleiten zu können. Daher umfasst der Begriff der Demokratiebildung zum einen die Vermittlung demokratischer Prinzipien, den Erwerb von Wissen über demokratische Institutionen, wie etwa das Funktionieren von Parlamenten und Gerichten im politischen System sowie die Wertevermittlung (Menschenrechte). Zum anderen beinhaltet er die Bereitstellung partizipativer Strukturen im Lebensumfeld junger Menschen, die deren

¹ Anlage 3: 197. Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen „Geschlechtergerecht und mädchen spezifisch gestaltete politische Bildungsstrukturen“ vom 12.12.2024

² <https://www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/weitere-unterrichtsinhalte-und-themen/demokratiebildung.html>

Teilhabe an diesen Prozessen ermöglichen. Wichtig dabei ist das Verständnis, dass Demokratiebildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, deren Grundstein in der Kindheit und Jugend gelegt wird. Demokratiekompetenz entsteht nicht von allein, sondern muss immer wieder aufs Neue hergestellt, erlernt und verteidigt werden.

2. Rahmenbedingungen

Die international verabschiedete UN-Kinderrechtskonvention (1989) und die EU-Grundrechte-Charta (2012) sind neben dem Kinder- und Jugendhilfegesetz/SGB VIII die wesentlichen gesetzlichen Festschreibungen, nach denen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene das Recht haben, an allen sie betreffenden Entscheidungen altersgerecht beteiligt zu werden.

Aus diesem Grund ist die Demokratiebildung auch eine zentrale Säule der Fortschreibung der Leitlinie Bildung:

Das 2009 in der LHM verankerte und im Referat für Bildung und Sport verortete Kommunale Bildungsmanagement zielt auf die Förderung der Bildungsgerechtigkeit und Optimierung der Bildungsangebote ab. Dabei wird ein wesentlicher Fokus darauf gerichtet, dass und inwieweit es gelingt, die Teilhabe für alle zu ermöglichen. Die LHM agiert nicht isoliert, weshalb es wichtig ist, möglichst die ganze Bildungslandschaft in den Blick zu nehmen und alle Akteur*innen bei der Gestaltung und Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für Bildung mitzunehmen. Mit den seitens des strategischen Bildungsmanagements etablierten Vernetzungsstrukturen ist es gelungen, die Münchner Bildungslandschaft in die Fortschreibung der Leitlinie Bildung, dem verbindlichen Rahmen für das kommunale Handlungsfeld Bildung, einzubeziehen. In dem breit angelegten Fortschreibungsprozess wurden Herausforderungen und Bedarfe offengelegt, denen sich die Bildungsakteur*innen in München gegenübersehen. Gleichzeitig wurden Maßnahmen und Lösungsansätze erarbeitet, die diese Befunde aufgreifen. Mit den gemeinsam entwickelten Leitzielen und strategischen Zielen in den fünf Handlungsfeldern der Leitlinie Bildung 2024 wurde das in der LHM verankerte breite Bildungsverständnis, das neben dem formalen auch den nonformalen und informellen Bildungsbereich miteinschließt, abgebildet.

Zwei Handlungsfelder der Leitlinie Bildung 2024 befassen sich intensiv mit dem Thema Demokratiebildung und Partizipation: Das Handlungsfeld 1 der Leitlinie Bildung fokussiert die Teilhabe aller Münchner*innen und damit die Dimensionen der Bildungsungleichheiten (Gender, Migration, Behinderung, soziale Herkunft und weitere Diskriminierungskategorien).

Das Handlungsfeld 2 nimmt die werteorientierte Bildungsgestaltung in den Blick und damit Demokratiebildung, Partizipation und Teilhabe, Diversität und Vielfalt, Gendergerechtigkeit, Gesundheit, Sport/Bewegung und Kultur.

Mit dem strategischen Ziel „Münchner Bildungseinrichtungen leben Demokratie und Partizipation“ wird das Leitziel des Handlungsfelds 2 „Bildung wird in München werte- und haltungsorientiert gestaltet und orientiert sich am Individuum sowie an der Gemeinschaft“ konkretisiert. Damit wird die Vorgabe, partizipative Strukturen auf allen Ebenen in den Münchner Bildungseinrichtungen auszubauen und eine demokratische Kultur zu

etablieren, formuliert.

Demokratische Werte und Grundprinzipien sind daher in den Bildungsalltag zu integrieren und kritisches Denken, Reflexionsfähigkeit und eine Debattenkultur durch praktische Erfahrungen zu fördern und zu stärken. Mit der empfohlenen Maßnahme, die in der Leitprojektidee 08 („Vom Add On zum Must Have“ – Forum Partizipation für eine demokratische Stadtgesellschaft) formuliert wurde, steht die Förderung und Stärkung der Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Fokus. Mit dieser Leitprojektidee wird das strategische Ziel „Münchener Bildungseinrichtungen leben Demokratie und Partizipation“ des Handlungsfelds 2 „Werteorientierte Bildungsgestaltung“ aufgegriffen und umgesetzt. Die Leitprojektidee zahlt damit auch auf die Strategischen Ziele A2 „Vielfalt, Teilhabe und Antidiskriminierung“ und C5 „Partizipation und Dialog“ der **PERSPEKTIVE MÜNCHEN** sowie auf die Sustainable Development Goals (SDG) 5 (Geschlechtergerechtigkeit) und 10 (weniger Ungleichheiten) der Vereinten Nationen ein.³

Die Umsetzung der Konzeption Bildung für nachhaltige Entwicklung in der LHM, der BNE VISION 2030, flankiert ebenfalls diese Bestrebungen. Die BNE VISION 2030 ist Teil der Leitlinie Bildung. Der ganzheitliche Ansatz einer Bildung für nachhaltige Entwicklung befähigt Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln. Er fördert Partizipation und Solidarität und ermöglicht es Menschen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen.

Das seit 2009 in der LHM fest verankerte Kommunale Bildungsmanagement mit seinen Koordinations- und Kooperationsstrukturen fördert demokratische Teilhabe in dem es zum einen Transparenz herstellt zwischen den kommunalen Bildungsakteur*innen und zum anderen Gruppen, die Benachteiligungen ausgesetzt sind, besonders in den Blick nimmt und Maßnahme initiiert. Darüber hinaus schafft es Öffentlichkeit zu Bildungsthemen, wie zuletzt mit dem 11. Münchener Bildungskongress „Upgrade Bildung: digital, demokratisch, jetzt!“ der sich mit den Herausforderungen der digitalen Transformation für die Demokratie und das Bildungssystem beschäftigt hat.⁴

Auch **kulturelle Bildung** trägt dazu bei, da sie Vielfalt und unterschiedliche Perspektiven vermittelt. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene lernen durch sie, Meinungen zu respektieren und wertzuschätzen. Kulturelle Bildung stärkt kreative und kritische Fähigkeiten, die für die Teilnahme an demokratischen Prozessen wichtig sind. Projekte wie Theatergruppen und Kunstworkshops ermöglichen jungen Menschen, ihre Ideen frei auszudrücken und sich in gesellschaftliche Diskurse einzubringen. Insgesamt verbindet kulturelle Bildung kreative Ausdrucksformen mit der Stärkung demokratischer Werte und Prinzipien. Sie schafft ein Umfeld, in dem junge Menschen lernen, aktiv an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen und die Demokratie zu gestalten und zu schützen.

Am 12. November 2025 wurde ein stadtweites **Rahmenkonzept zur kommunalen**

³ Link zur Leitlinie Bildung 2024 (https://muenchen.de/broschuere/leitlinie_bildung.html) und dem Fortschreibungsprozess (https://stadt.muenchen.de/infos/leitlinie_bildung.html)

⁴ Siehe Webseite zum Münchener Bildungskongress: <https://bikomuc.de/> sowie die Dokumentation: <https://www.pi-muenchen.de/elfter-muenchner-bildungskongress/>

Kinder- und Jugendpartizipation vom Stadtrat verabschiedet. Dieses Konzept wurde referateübergreifend erarbeitet und hat das Ziel, die Beteiligung junger Menschen zu fördern und weiterzuentwickeln.

3. „München feiert 75 Jahre Grundgesetz“ - eine Bilanz der Aktionswoche im Jahr 2024⁵

Am 23. Mai 2024 feierte das Grundgesetz sein 75-jähriges Jubiläum. Dies war Anlass für das Referat für Bildung und Sport, eine Aktionswoche unter dem Motto „München feiert 75 Jahre Grundgesetz!“ zu planen und zu organisieren. Bei den Veranstaltungen sollte Demokratiebildung in all ihren Facetten gezeigt und Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene eng eingebunden und zum Mitmachen aufgefordert werden.

Vom 13. bis 17. Mai 2024 wurde in über 50 Projekten und Aktionen deutlich, wie engagiert, vielfältig und phantasievoll sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zusammen mit ihren Bildungseinrichtungen, der Münchener Stadtverwaltung und zahlreichen Kooperationspartner*innen mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Über Monate wurden die Projekte und Aktionen vorbereitet, um sie dann innerhalb und außerhalb⁶ der Aktionswoche zu präsentieren.

Ziel der Aktionswoche war es vor allem, die demokratischen Werte des Grundgesetzes in Münchener Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie im öffentlichen Raum sichtbar zu machen und Demokratiebildung durch vielfältige Aktionen und Projekte zu fördern.

Insbesondere durch das Erproben unterschiedlichster Formate sollte erreicht werden, dass junge Menschen ihren eigenen Zugang zu den Werten des Grundgesetzes finden und auch Personen außerhalb der Kita- und Schulfamilie aufmerksam gemacht werden. Die Projekte und Aktionen fanden im Münchener Rathaus, auf dem Marienplatz, dem Rindermarkt, in der Sendlinger Straße, im Alten Rathaussaal, auf dem Königsplatz, im FAT CAT, im Pädagogischen Institut - Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement sowie den Bildungseinrichtungen selbst statt und gaben dem Engagement der Münchener Kita- und Schulfamilien für ihre Demokratie ein offenes und buntes Gesicht. Über die ganze Woche verteilt nahmen rund 20.000 Personen an den Veranstaltungen teil.

Beispielhaft werden folgende Aktionen und Projekte herausgegriffen:

„Wenn ich Bürgermeister*in von München wäre, dann...!“ – Kinderinterviews auf der Roten Couch auf dem Marienplatz

Kinder und Jugendliche konnten auf der roten Couch auf dem Marienplatz ihre Ideen und Vorschläge weitergeben und damit Erwachsene zum Nachdenken und Handeln für ein kinderfreundliches München anregen.

„Türen auf! Das Rathaus ist offen für Kinder!“

Rund 500 Kinder haben das Münchener Rathaus mit allen wichtigen Abteilungen und Orten, vom kleinen Sitzungssaal bis zum sogenannten „Bayernbalkon“ erkunden dürfen und so das Rathaus als einen zugänglichen Ort kennengelernt der wichtig für alle Münchner*innen ist.

Ausstellungen im Alten Rathaussaal

⁶ Anlage 2: Konzept München feiert 75 Jahre Grundgesetz

Foyer und Alter Rathaussaal wurden für drei Tage in Ausstellungsräume umgewandelt: Aus 13 städtischen Kindertageseinrichtungen und Horten wurden u.a. Dokumentationen zu Elementen der Demokratiebildung ausgestellt.

14 Münchener Schulen haben sich an der Ausstellung beteiligt und über das Schuljahr 2023/24 an Projekten zum Thema Demokratie und Grundgesetz gearbeitet.

Die Ausstellung „Mütter des Grundgesetzes“ zeigte die Politikerinnen Elisabeth Selbert, Frida Nadig, Helene Weber und Helene Wessel und ihren Einsatz für Art. 3 des Grundgesetzes „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“.

Walk of Democracy

Im Schuljahr 2023/24 setzten sich Schüler*innen aus 14 Münchener Schulen vielgestaltig und kreativ mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland auseinander, wobei die Achtung der Menschenwürde und Betonung der Gleichwertigkeit aller Menschen einen ganz besonderen Platz einnahm. Circa 300 Schüler*innen und ihre Lehrkräfte verschiedener Schularten entwickelten kreative Beiträge für einen „Walk of Democracy“, einen Parcours entlang der Sendlinger Straße bis zum Rindermarkt. Der Parcours bestand aus 15 verschiedenen Stationen, für die die Schüler*innen ihnen wichtige Aspekte/Grundrechte in Zusammenarbeit mit Künstler*innen kreativ umsetzen. Der „Walk of Democracy“ endete auf einer Bühne auf dem Rindermarkt. Das anschließende Programm bestand unter anderem aus den „10 Liebeserklärungen an das Grundgesetz“, beispielweise mit Ernst Grube, einer Podiumsdiskussion und vielen musikalischen Beiträgen. (Abschluss war ein Konzert der Jazzrausch Bigband.)

Videomapping „Legis 75“ am Münchener Rathaus

„Legis 75“ war ein vom Berliner Medienkünstler Lukas Taido speziell für das Jubiläum des Grundgesetzes konzipiertes Event, das großformatige Fassadenprojektionen, Musik, Soundeffekte, Audio/Video-Archivcollagen und Live-Elemente umfasste. Die Veranstaltung fand an drei Abenden der Aktionswoche statt. Die dreiteilige Aufführung begann mit einer rückwärts laufenden Rathaus-Turmuhren und einer historischen Reise, die den langen Weg zur heutigen Demokratie illustrierte. Ausgewählte Artikel des Grundgesetzes wurden live gesprochen und Interviews von Schüler*innen großformatig projiziert. Die Veranstaltung endete mit einem Feuerwerk aus Klängen und Grafiken.

Vortrag Heribert Prantl im Alten Rathaussaal

Prof. Dr. Dr. h.c. Heribert Prantl, Publizist und Autor der Süddeutschen Zeitung, betonte in seinem Vortrag im Alten Rathaussaal die Bedeutung der Demokratie als lebenslanges Lernprinzip, das in der Schule beginnt und weit über bloße Wahlen hinausgeht. Er beschrieb Demokratie als eine Wertegemeinschaft, deren Grundlagen im Grundgesetz verankert sind, und hob die Notwendigkeit hervor, diese Werte aktiv zu verteidigen. Prantl sieht das Grundgesetz als eine der größten Errungenschaften in der deutschen Geschichte, das nach 75 Jahren neue Kraft und Stärke benötigt, um gegen Rassismus, Entsolidarisierung, Überwachung und Gewalt zu bestehen.

Podiumsdiskussion im Justizpalast

Im Rahmen der Aktionswoche fand im Justizpalast eine Podiumsdiskussion zum Thema „Das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung“ statt. Teilnehmende waren der bayerische Staatsminister der Justiz Georg Eisenreich, Stadtschulrat Florian Kraus, Prof. Dr. Dr. Patricia Wiater vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völkerrecht und

Menschenrechte der Universität Erlangen-Nürnberg, der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Dr. Hans-Joachim Heßler und Hannah Mader aus dem Kreis der Schüler*innen.

Abschlussveranstaltung BildungsLokal Messestadt Riem

Zum Abschluss der Aktionswoche "München feiert 75 Jahre Grundgesetz!" konnten sich Interessierte aus dem Stadtviertel zu den Themen Grundgesetz und Demokratie informieren und an verschiedenen Aktionen teilnehmen. Schüler*innen der Messestadt hatten sich intensiv mit den Themen auseinandergesetzt. Bewohner*innen der Messestadt hatten gemeinsam mit einer Fotografin eine Ausstellung zum Grundgesetz geschaffen, an der auch Interessierte durch eine sogenannte Last-Minute-Fotoaktion mitwirken konnten. Der letzte Veranstaltungstag der Aktionswoche schloss mit einem Auftritt der R&B Sängerin Gündalein.

Die Aktionswoche unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit

Die Aktionswoche setzte wichtige Impulse für eine langfristige Verankerung von Strukturen und Formatideen. Sowohl die neu entstandenen Kooperationen als auch die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zeigen, wie nachhaltig die Aktivitäten über die eigentliche Veranstaltungswocah hinaus wirken.

Etablierung dauerhafter Bildungs- und Kooperationsstrukturen

Durch die intensive Planung, Organisation und Durchführung der Aktionswoche wurden nachhaltige Netzwerke zwischen Schulen, Kindertageseinrichtungen, städtischen Institutionen und Kooperationspartner*innen geschaffen. Einige Projekte, wie „Türen auf! Rathaus offen für Kinder!“, haben bereits erneut stattgefunden oder haben weitere Kooperationen in Gang gesetzt. Die Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen wurde vertieft und dadurch die Grundlage für zukünftige gemeinsame Demokratiebildungsprojekte geschaffen. Aus dem Organisationsteam für die Aktionswoche ging der RBS-Arbeitskreis Demokratiebildung und Partizipation hervor, der sich kontinuierlich mit der Weiterentwicklung und Umsetzung demokratischer Bildungsangebote im Referat für Bildung und Sport befasst.

Verstärkte Sensibilisierung und aktive Beteiligung junger Menschen

Die vielfältigen Aktionen und Projekte, aber auch die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, haben bei den jungen Teilnehmer*innen nachhaltige Eindrücke hinterlassen. Sie wurden aktiv in die Gestaltung demokratischer Inhalte eingebunden und konnten ihre eigenen Zugänge zu den Werten des Grundgesetzes entwickeln. Diese Erfahrungen fördern langfristig das demokratische Engagement und Verantwortungsbewusstsein der Kinder und Jugendlichen. Durch diese Einbindung können junge Menschen auch zukünftig motiviert werden, sich aktiv für Demokratie einzusetzen.

#Act Now Schultheater meets Grundgesetz“ im Volkstheater

Das Schultheaterfestival stand 2024 ganz im Zeichen des Grundgesetzes. Theatergruppen aller Schulformen und aus dem Ganztag präsentierten beeindruckende Inszenierungen, die sich mit diesem wichtigen Thema auseinandersetzten. Eine Podiumsdiskussion sowie Filmvorführungen zum Thema „Demokratie“ boten den Teilnehmenden die Möglichkeit, ihr Verständnis für die Grundlagen unserer Gesellschaft zu vertiefen und sich aktiv an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Durch Workshops,

Diskussionen und kulturelle Veranstaltungen bot das Festival eine wertvolle Plattform für Schüler*innen, Lehrkräfte, pädagogisches Personal und Erziehungsberechtigte, um über die Errungenschaften des Grundgesetzes nachzudenken und zukünftige Herausforderungen zu diskutieren.

4. Konzept Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport⁷

4.1 Strukturelle Verankerung von Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport

Koordinierungsstelle Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport

Die Koordinierungsstelle Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport, angesiedelt im Pädagogischen Institut - Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement, ist die zentrale Anlaufstelle für geschäftsbereichs- und referatsübergreifende Themenfelder von Referatsleitung und Direktorium. Sie setzt eigene Impulse und leitet und koordiniert Prozesse wie die Aktionswoche „München feiert 75 Jahre Grundgesetz!“ und ist verantwortlich für den Informationsfluss im Themenfeld innerhalb und außerhalb des Referats für Bildung und Sport. Zudem leitet sie den Arbeitskreis Demokratiebildung und Partizipation im Referat für Bildung und Sport und entwickelt geeignete Kommunikationsinstrumente, beispielsweise eine Webpage, die künftig der Transparenz der Angebote, Maßnahmen und Projekte dienen soll.

Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation des Referats für Bildung und Sport

Die Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation im Referat für Bildung und Sport, angesiedelt im Pädagogischen Institut, Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement, ist die Hauptansprechperson für die Themen Bürgerschaftliches Engagement, Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung im Referat für Bildung und Sport. Sie koordiniert Beschlussvorlagen und Berichte zu diesen Themen und nimmt an gesamtstädtischen Sitzungen und Arbeitsgruppen teil, wie der AG München dankt!, der AG Partizipation und dem AK Demokratiebildung und Partizipation im Referat für Bildung und Sport. Sie sensibilisiert und setzt Impulse für die Themen innerhalb des Referats und stärkt das freiwillige Engagement sowie die Kinder- und Jugendbeteiligung durch Auszeichnungen und Fortbildungsangebote. Zudem vertritt sie das Referat für Bildung und Sport im Münchener Kinder- und Jugendforum und unterstützt die StadtschülerInnenvertretung (SSV).

Fachdienst Politische Bildung

Der Fachdienst Politische Bildung im Pädagogischen Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement unterstützt Münchener Schulen im Bereich Demokratie- und Menschenrechtsbildung, diversitätsbewusste und diskriminierungskritische Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen. Er konzipiert und organisiert Fortbildungen für Lehrkräfte und bietet Programme für Schüler*innen sowie fachliche Beratung und Unterstützung bei Schulprojekten. Der Fachdienst hat die Regionalkoordination München im Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ inne und vergibt Zuschüsse für SMV-Seminare und Besuche von Gedenkstätten. Er vernetzt sich mit Universitäten und Institutionen und beteiligt sich

⁷ Anlage 1 Konzept Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport. Strukturelle Verankerung, Maßnahmen und Perspektiven

regelmäßig an Veranstaltungsreihen wie den Internationalen Wochen gegen Rassismus und dem Münchener Klimaherbst. Zudem ist er Teil des Organisationsteams für den „MOSAIK Jugendpreis – mit Vielfalt gegen Rassismus“.

Arbeitskreis Demokratiebildung und Partizipation im Referat für Bildung und Sport

Der Arbeitskreis Demokratiebildung und Partizipation (DuP) vernetzt die Geschäftsbereiche Kindertageseinrichtungen (RBS-KITA), Allgemeinbildende Schulen (RBS-A), Berufliche Schulen (RBS-B) und PIZKB untereinander, ermöglicht den Austausch und schafft Synergien. Projekte können gemeinsam geplant und abgestimmt werden, so dass die Arbeit der einzelnen Geschäftsbereiche und Abteilungen im Themenfeld transparent ist und Doppelstrukturen vermieden werden.

Der Arbeitskreis wird von der Koordinierungsstelle Demokratiebildung geleitet und findet einmal im Monat statt.

Seit Winter 2025 gibt es einmal pro Quartal einen Austausch zwischen dem Arbeitskreis und dem Stadtjugendamt/ Allianz für Jugend.

4.2 Handlungsfelder der Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport

Das Konzept Demokratiebildung setzt sich aus aktuell 9 verschiedenen Handlungsfeldern zusammen und wurde in Kooperation zwischen den Geschäftsbereichen KITA, A, B und PIZKB erstellt. Es versteht sich als dynamisches Konzept.

Handlungsfeld 1: Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen

Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen ist ein grundlegender Auftrag der Bildungsarbeit. Kinder sollen auf das Zusammenleben in einer vielfältigen und demokratischen Gesellschaft vorbereitet werden. Demokratie muss für die Jüngsten durch das Erleben von Zugehörigkeit und kindgerechter Beteiligung an den Prozessen vermittelt werden. Nach John Deweys Bildungsverständnis als „Gesellschaft im Kleinen“ lassen sich alle für ein Leben in einer demokratischen Gesellschaft notwendigen Kompetenzen im Alltag einer Kindertageseinrichtung fördern, vorausgesetzt, dass diese von den Pädagog*innen erkannt und konstruktiv genutzt werden. Die Handlungsfelder variieren je nach Quartier und Kindertageseinrichtung und hängen von den Rahmenbedingungen und Bedarfen der jeweiligen Kita-Familie ab.

Unterstützung bei der Umsetzung von Demokratiebildung in den pädagogischen Alltag erfahren die Pädagog*innen durch vielfältige Fortbildungsmöglichkeiten des Pädagogischen Instituts – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement.

Handlungsfeld 2: Demokratiebildung in Schulen

Eine Kommune lebt von ihren mündigen Bürger*innen. Entscheidungen, die hier getroffen werden, betreffen das unmittelbare Lebensumfeld der in ihr lebenden Menschen. Um politische Prozesse kritisch begleiten und aktiv an gesellschaftlichen Prozessen der Kommune teilhaben und damit auch mitbestimmen zu können, ist Demokratiebildung von entscheidender Bedeutung. Die Schule als zentrale Sozialisationsinstanz für alle Kinder und Jugendlichen spielt dabei eine wesentliche Rolle. In ihr kann Demokratie erlernt und erlebt werden, wodurch sie durch Teilhabe und Partizipation in unterschiedlichen Formen sowie auf unterschiedlichen Ebenen über die Schule hinauswirkt.

Handlungsfeld 3: Demokratiebildung, Erinnerungskultur und Staatsverständnis

Die Beschäftigung mit historischen Ereignissen und deren Bedeutung für die Demokratiebildung ist wichtig. Jubiläen und Gedenktage bieten Gelegenheit, die Werte und Prinzipien der Demokratie zu reflektieren und zu verankern. Erinnerungskultur schafft historisches Bewusstsein und vermittelt die Bedeutung demokratischer Errungenschaften. Sie fördert Empathie und sozialbewusstes Handeln, indem junge Menschen die Geschichten von Opfern und Überlebenden kennenlernen. Insgesamt trägt die historisch-politische Bildung dazu bei, die Fundamente einer stabilen Demokratie zu legen und die Bürger*innen zu befähigen, demokratische Errungenschaften zu schützen und weiterzuentwickeln.

Handlungsfeld 4: Demokratiebildung und diskriminierungskritische Bildung

Schule ist eine wichtige Sozialisations- und Inklusionsinstanz der Gesellschaft. Zahlreiche Studien belegen aber, dass das deutsche Bildungssystem bestehende soziale Ungleichheit nicht ausgleicht, sondern eher verstärkt, dass Diskriminierung und Ideologien von Ungleichwertigkeit von Menschen auch an Schulen wirksam sind, und dass Schüler*innen auch an der Schule selbst Erfahrungen von Diskriminierung machen. Um eine demokratische, diskriminierungskritische Schulkultur zu etablieren, ist es notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, die das Personal an Schulen in die Lage versetzen, Diskriminierung im Alltag (z.B. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus usw.) auch in ihrer intersektionalen Verflechtung sowie auf interpersoneller, institutioneller und struktureller Ebene zu erkennen, zu vermeiden und entgegenzuwirken.

Handlungsfeld 5: Demokratiebildung und BNE / Globales Lernen

Angesichts der weltweiten ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Herausforderungen in einer zunehmend komplexen, globalisierten Welt sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene eine Orientierung für das eigene Leben finden, eine Vision für ein gutes Leben und Zusammenleben aller Menschen in einer gerechteren und zukunftsfähigen Welt entwickeln. Die pädagogischen Konzepte Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen befähigen Lernende, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf künftige Generationen und Mitmenschen, auch in anderen Weltregionen zu verstehen, und entsprechend nachhaltig, solidarisch und weltoffen zu denken, handeln und entscheiden.

Handlungsfeld 6: Demokratiebildung, Partizipation und ehrenamtliches Engagement

Partizipation und ehrenamtliches Engagement sind zentrale Elemente der Demokratiebildung, da sie den Grundstein für eine aktive Bürgerschaft legen. Kinder und Jugendliche lernen, ihre Meinungen zu äußern und Lösungen im Dialog zu entwickeln, was sowohl ihre Kommunikationsfähigkeit als auch ihr Bewusstsein für eigene Rechte und Pflichten stärkt. Projekte wie Schülerparlamente und Jugendforen fördern Demokratiekompetenz und stärken das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Ehrenamtliches Engagement trägt nicht nur zur Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung bei, sondern fördert auch Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Es stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und festigt demokratische Werte. Durch freiwillige Tätigkeiten übernehmen junge Menschen Verantwortung und nehmen aktiv an gesellschaftlichen Prozessen teil. Politische Bildungsarbeit zeigt, dass Jugendliche, die sich ehrenamtlich engagieren, später eine höhere politische Beteiligung und ein stärkeres Demokratiebewusstsein entwickeln. Darüber hinaus können ehrenamtliche Tätigkeiten soziale Barrieren überwinden und benachteiligte Gruppen den Zugang zu Bildung und

Teilhabe ermöglichen.

Handlungsfeld 7: Demokratiebildung und Medienkompetenz

Die politische Willensbildung und Kommunikation haben sich radikal verändert. Medien beeinflussen das Wissen über die Welt, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Medienkompetenz ist entscheidend, um Demokratie zu verstehen und aktiv zu gestalten. Junge Menschen müssen lernen, Informationen kritisch zu bewerten und Fake News zu erkennen. Projekte und Workshops, die sich mit der Analyse von Medieninhalten und der Entlarvung von Desinformation beschäftigen, sind essenziell. Medienkompetenz befähigt junge Menschen, sich aktiv und informiert an gesellschaftlichen Diskursen zu beteiligen und demokratische Prozesse zu unterstützen.

Handlungsfeld 8: Demokratiebildung und internationaler Bildungsaustausch

Internationale Bildungs- und Austauschprogramme gehören zu den nachhaltigsten Lernorten, die die Demokratiefähigkeit junger Menschen stärken: Sie wirken auf individueller Ebene der Teilnehmenden auf deren Persönlichkeitsentwicklung und den Aufbau wichtiger Schlüsselkompetenzen als zentrale Voraussetzung, eine aktive Bürgerschaft ausüben zu können, ebenso wie gesellschaftlich durch die Ausbildung von Offenheit, Aufgeschlossenheit und einer vielfaltsbewussten Haltung, mit denen die Teilnehmenden in ihr Umfeld hineinwirken. Der Perspektivwechsel durch Auslandsaufenthalte und die Begegnung mit Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaften tragen daher entscheidend dazu bei, das Gemeinwesen, in dem wir leben, weltoffener, toleranter und vielfältiger zu gestalten, Ausgrenzungen und Rassismus entgegenzuwirken und einen Beitrag zur gesellschaftlichen Kohäsion zu leisten. Daher wirkt internationaler Bildungsaustausch über die Ausbildung von Werten, die die Grundlage demokratisch verfasster Gesellschaften bilden, unmittelbar in jene zurück.

Handlungsfeld 9: Geschlechtergerechte Demokratiebildung

Aktuelle Studien zeigen, dass digitale Medien eine zentrale Rolle bei der Verbreitung rechter Ideologien spielen, die gezielt Mädchen* und junge Frauen* umwerben, ausgrenzen und durch Hass und digitale Gewalt einschüchtern. Jungen* und junge Männer* werden hingegen durch sogenannte „Alpha“-Ideologien angesprochen, die traditionelle Männlichkeitsbilder glorifizieren und moderne, reflektierte Rollen als „schwach“ abwerten. Eine gendergerechte Demokratiebildung setzt hier an: Sie stärkt Mädchen* und t*in Heranwachsende in ihrer digitalen und politischen Resilienz, vermittelt Strategien gegen Hass und Ausgrenzung und fördert zugleich bei Jungen* die kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeitsnormen sowie Empathie und Gleichstellungsbewusstsein. Themen wie Feminismus, Geschlechtergerechtigkeit, politische Angstbewältigung und intersektionale Ausschlussmechanismen bilden dabei zentrale Ansatzpunkte, um demokratische Kompetenz, gesellschaftliche Teilhabe und eine vielfältige, stabile Demokratie zu stärken.

5. Ausblick

Wie im Vortex zu Kapitel 4 bereits erwähnt, ist das Konzept Demokratiebildung in der jetzigen Form als nicht abschließend, sondern als dynamisch zu betrachten.

Für die Bearbeitung der 197. Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen mit dem Titel „Geschlechtergerecht und mädchen spezifisch gestaltete politische Bildungsstrukturen“ findet aktuell ein mehrstufiger Prozess statt, der im Frühjahr 2025 mit der Bearbeitung von Leitfragen durch alle am Prozess zu beteiligenden Akteur*innen gestartet ist.

Am Prozess sind folgende Stellen beteiligt:

- RBS: KITA, A, B, PIZKB, Recht-öGB
- DIR: GSt, KGL, FgR
- SOZ: Stadtjugendamt, Runder Tisch für Belange von Mädchen* und jungen Frauen*, Münchner Fachforum für Mädchenarbeit und Netzwerk Jungen*arbeit München

Federführung: Koordinierungsstelle Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport sowie der Fachdienst Kulturelle Bildung, Soziale Bildung, Geschlechtergerechte Pädagogik im Pädagogischen Institut - Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement.

Es ist geplant, Maßnahmen, die im Zuge des Prozesses Demokratiebildung für Mädchen* und Frauen* - Geschlechtsspezifische Demokratiebildung entwickelt werden, in das Konzept einzufügen.

5. Abstimmung

Die Gleichstellungsstelle für Frauen, die Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* und die Fachstelle für Demokratie haben jeweils einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten und zeichnen diese mit. Die Stellungnahmen liegen als Anlagen bei.

Das Personal- und Organisationsreferat und die Stadtkämmerei haben je einen Abdruck der Beschlussvorlage zur Kenntnis erhalten.

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss wurde um Vorberatung gebeten.

Der Korreferentin des Referats für Bildung und Sport, Frau Stadträtin Lena Odell. und der Verwaltungsbeirätin des Pädagogischen Instituts – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement, Frau Stadträtin Nimet Gökmənoğlu, wurde je ein Abdruck der Beschlussvorlage zugeleitet.

II. Antrag des Referenten

1. Die im Vortrag dargelegten Ausführungen zum Konzept „Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport – Strukturelle Verankerung, Maßnahmen und Perspektiven“ werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem Konzept „Demokratiebildung im Referat für Bildung und Sport – Strukturelle Verankerung, Maßnahmen und Perspektiven“ wird zugestimmt.
3. Die 197. Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen „Geschlechtergerecht und mädchen spezifisch gestaltete Bildungsstrukturen“ bleibt aufgegriffen

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Der Referent

Verena Dietl
3. Bürgermeisterin

Florian Kraus
Stadtschulrat

IV. Abdruck von I. mit III.

über die Stadtratsprotokolle
an das Direktorium Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wiedervorlage im Referat für Bildung und Sport - RBS-PIZKB4

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An
das Referat für Bildung und Sport - PIZKB
das Referat für Bildung und Sport - GL 2
das Referat für Bildung und Sport - GL 4
z. K.

Am